

SYSTEMRELEVANT 99

Die Bundesregierung will die wegen des Ukraine-Kriegs steigenden Energiekosten eindämmen. Sebastian Dullien analysiert, ob die dafür veranschlagten 30 Milliarden Euro sinnvoll eingesetzt werden.

Marco Herack:

Heute ist Montag, der 25. April 2022. Willkommen zur 99. Ausgabe von Systemrelevant. Sebastian Dullien, ich grüße dich.

Sebastian Dullien:

Hallo Marco.

Marco Herack:

Du bist der Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, bekannt als IMK, bei der Hans-Böckler-Stiftung. Und eigentlich frage ich dich ja immer, was Persönliches so am Anfang. Aber ich habe mir gedacht, so anlassbezogen stelle ich dir mal eine Frage, die ich schon immer mal wissen wollte. Hat einer von euch Ökonomen schon mal ausgerechnet, wie viel BIP uns diese aggressiven Twitter-Debatten von Ökonomen kosten?

Sebastian Dullien:

Ich glaube, das kostet uns gar kein BIP, weil die Ökonomen gehen mit ihren Lohnkosten in das Bruttoinlandsprodukt ein und ob die da jetzt auf Twitter rumholzen oder was anderes machen, das hat da keine direkten Auswirkungen.

Marco Herack:

Ich höre schon „und das von meinen Steuergeldern“ im Hintergrund.

Sebastian Dullien:

Genau. Aber manche, die da rumholzen, werden ja nicht von deutschen Steuergeldern bezahlt. Das haben sie ja nochmal ausdrücklich da ...

Marco Herack:

Stimmt. Manche nicht.

Sebastian Dullien:

... auf Twitter unterstrichen. Also von daher, alle, die im Ausland sitzen.

Marco Herack:

Na, immerhin. Gut. Also wenn ihr dazu auch noch ein paar Gedanken habt oder vielleicht auch etwas sinnvollere Tätigkeiten im Kopf habt, die Ökonomen tun könnten, dann teilt uns diese doch mit. So vorweg wie immer der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, um Ideen, Fragen oder Unmut kundzutun, dann könnt ihr das beispielsweise auf Twitter tun @boeckler_de. Oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen und Anregungen bitte einfach einsenden und wir freuen uns, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Wenn ihr Twitter nutzt, dann findet ihr Sebastian dort als @SDullien, also Sebastian Dullien. Mein Name ist Marco Herack und wir wollen uns heute über Entlastungspakete unterhalten. Jeder will es mittlerweile, nicht jeder bekommt es.

Sebastian, fangen wir mal ganz woanders an, nämlich beim Grund für diese Entlastungspakete. Die Inflation explodiert gerade in ungeahnte Höhen. Warum? Was ist denn da los?

Sebastian Dullien:

Ja, also wir hatten ja die höchste Inflationsrate seit, ja, den frühen 1980er Jahren jetzt in Deutschland zuletzt mit 7,3 Prozent im März. Diese Woche kommen dann auch die Zahlen für April, die erste Schätzung. Und warum ist die Inflation so hoch? Der Haupttreiber sind die Energiepreise zurzeit. Also etwas mehr als die Hälfte dieser Inflation geht direkt auf höhere Energiepreise zurück, also gestiegene Haushaltsenergiekosten, gestiegene Kosten für Kraft- und Schmierstoffe. Und dazu kommt noch, und das ist jetzt in dieser Hälfte noch gar nicht drin, diese indirekten Effekte. Also dass Flugtickets jetzt teurer geworden sind, weil das Kerosin teurer ist und dass deshalb auch Pauschalreisen dann teurer werden. Oder, das ist jetzt der nächste Punkt, dass dann auch Lebensmittel teurer werden, zum Beispiel weil die Bäcker teureres Gas brauchen zum Backen oder weil das Gas teurer geworden ist und deshalb das Heizen von Treibhäusern jetzt teurer geworden ist. Und das schlägt sich dann natürlich auf all den Sachen nieder, die man so in Treibhäusern dann anbaut.

Marco Herack:

Das wäre natürlich ganz schön, wenn die Preise steigen und der Bäcker dann weniger Gas verbrauchen würde oder weniger Öl beim Ausfahren. Aber ich glaube, so schnell geht das dann nicht mit Autos und Öfen, die geheizt werden müssen.

Sebastian Dullien:

Also möglicherweise überlegt sich der ein oder die andere jetzt, weiß nicht, was man im Ablauf noch anders machen kann. Vielleicht kann man weniger lange vorheizen oder schneller die Sachen nacheinander da reinschieben. Aber da hört man schon, dass das, glaube ich, begrenzt ist, was man so kurzfristig da machen kann, ohne jetzt die Produktion runterzufahren. Und man kann es ja auch bei manchen Produkten ganz gut weitergeben, weil ich weiß nicht, die meisten Leute werden weiter ihre Brötchen oder ihr Brot essen, auch wenn die jetzt ein bisschen teurer geworden sind. Die werden dann woanders wahrscheinlich sparen.

Marco Herack:

Ja. Das ist die Frage, wo man sparen kann. Also beim Essengehen, also selber kochen statt essen gehen zum Beispiel. Also es wird dann aber schon Branchen geben, die das dann auch trifft, diese Inflation. Also jetzt nicht von den steigenden Preisen her, sondern wo die Leute dann anfangen zu sparen aufgrund von Inflation.

Sebastian Dullien:

Klar, das wird es wahrscheinlich geben. Wir wissen jetzt noch nicht genau, wo das sein wird. Also das ist noch ein bisschen unklar. Da muss man die nächsten Monate abwarten. Aber das, was du schon beschrieben hast, dürfte es so ein bisschen schon treffen. Also die Sachen, die als Luxus wahrgenommen werden, da wird man dann als erstes sparen. Jetzt kommt dazu, da haben wir auch früher schon mal

drüber geredet, dass natürlich viele Haushalte auch in der Corona-Zeit extra Ersparnisse angehäuft haben. Und bei denen kann es natürlich sein, dass die jetzt dieses Geld zum Teil benutzen, um das abzufedern. Das ist in der Summe recht viel Geld, aber es sind nicht so viele Haushalte. Es ist so ein Viertel bis ein Fünftel der Haushalte, die diese Extra-Ersparnisse haben. Der Rest hat jetzt per Saldo nach unseren Umfragen bei Corona nichts übrig gehabt oder nach Corona nicht mehr erspart als sonst. Und dann kann man halt das natürlich auch nicht benutzen, um jetzt die Energiepreise abzufedern.

Marco Herack:

Wie ist es denn auf der Lohnseite? Jetzt würde man ja sagen, die Inflation ist hoch. Jetzt sehen wir auch, die bleibt auch ein bisschen länger hoch, als wir uns das vielleicht erhofft hatten noch vor einem halben Jahr, was man sicherlich auch auf den Kriegszustand in der Ukraine zurückführen kann. Wäre das jetzt nicht ein Moment, wo man sagen müsste, na ja, da werden die Gewerkschaften sicherlich ihre Lohnforderungen hochsetzen, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer möglichst wenig effektiven Verlust am Ende auf dem Lohnzettel haben?

Sebastian Dullien:

Das ist das eine Argument, was man dann häufiger hört. Andererseits sind die Gewerkschaften natürlich auch insofern unter Druck, dass in der Industrie zum Beispiel auch die Unternehmen, mit denen dann ja die Lohnverhandlungen geführt werden, dass die ja auch massiv unter Druck sind. Also wenn der Gaspreis, da war jetzt der Anstieg im letzten Monat im Großhandel, ich glaube, 741 Prozent zum Vorjahr. Also das ist eine Verachtfachung des Vorjahrespreises. Und wenn ich jetzt ein Unternehmen bin, was Gas braucht, um irgendwas herzustellen, dann ist da natürlich auch der massive Kostendruck. Und die werden zwar probieren, das an die Kunden weiterzugeben, aber das klappt nicht überall. Und das heißt, es ist unklar, wie viel Spielraum die Unternehmen dann überhaupt haben. Klar, es gibt andere, die haben recht gute Gewinne. Aber da diese Lage so unklar und unsicher ist und dann auch noch im Raum steht, dass es möglich ein Energieembargo geben könnte, was noch mal zu neuen Problemen bei diesen Unternehmen führt, sind die Gewerkschaften, haben so etwas eine sehr, sehr schwierige Situation im Moment. Also einerseits sehen die diese Unsicherheit gesamtwirtschaftlich und auf Unternehmensebene und auf der anderen Seite sehen sie den Druck bei ihren Beschäftigten, die einfach durch diese hohe Inflation Kaufkraftverluste haben und die das gerne ausgeglichen hätten. Und das Ergebnis ist im Moment oder war ja bei der IG BCE, also der Industrie für die Chemie- und Energiebranchen, dass die gesagt haben, na, wir machen jetzt nur eine ganz kurze Laufzeit, vor allem mit so Einmalzahlungen und dann gucken wir im Herbst noch mal weiter, wie sich dann die Lage darstellt.

Marco Herack:

Ja, okay. Das sind dann so Ausweichstrategien, dass man das Problem für beide Seiten wahrscheinlich dann fair, so ein bisschen auch nach hinten schiebt und erst mal nur kompensiert, aber halt dann guckt, wie es sich auslässt.

Sebastian Dullien:

((zustimmend)) Mhm.

Marco Herack:

Hm. Okay. Ist ja eine ganz gute Idee. Das heißt, der Bürger oder die Bürgerin werden da schon in die Lage reingeraten, dass sie das nicht kompensieren können, was da an Preisanstiegen jetzt ansteht.

Sebastian Dullien:

Also mit der normalen Lohnsteigerung bestimmt nicht. Dafür sind im Moment einfach diese Preisanstiege zu stark. Aber das haben jetzt ja auch eine ganze Reihe von Gewerkschaftsbossen dann gesagt, dass das eben eine Situation ist, die man mit der Tarifpolitik so auch nicht lösen kann. Wir werden da, glaube ich, gleich drüber reden oder wir wollten darüber ja reden. Das ist ja der Grund, warum auch die Regierung da jetzt über eine ganze Reihe von Instrumenten versucht, das eben abzufedern.

Marco Herack:

Dann kommen wir doch mal zur Regierung. Also da haben wir ja die FDP, die würde jetzt sagen, na ja, da muss der Bürger auch einfach mehr Leistung bringen und dann kriegt er auch mehr Geld.

Sebastian Dullien:

Ich glaube, das ist ja nicht das, was die FDP an dieser Stelle sagen würde. Sondern da sagt die FDP ja eher, da müssen wir die Steuern senken. Und die haben dann ja auch sich eben mit bestimmten Dingen durchgesetzt. Also zum Beispiel der vorübergehenden Senkung der Mineralölsteuer oder diese Erhöhung des Grundfreibetrages, was dann de facto wie eine Steuersenkung wirkt.

Marco Herack:

Ist das clever in so einer Situation, Steuern senken?

Sebastian Dullien:

Das kommt da drauf an. Eine Steuersenkung in der jetzigen Situation kommt vor allem den Besserverdienenden zugute. Weil die haben halt einen höheren Grenzsteuersatz, das heißt, ihre letzten Euros werden stärker besteuert. Und wenn man das jetzt senkt oder wenn man am Tarif was macht oder wenn man denen den Freibetrag erhöht, dann profitieren die üblicherweise stärker als die Geringverdiener und -verdienerinnen. Also das ist ...

Marco Herack:

Ja oder Leute, die überhaupt Steuern bezahlen.

Sebastian Dullien:

Ja, ja klar. Also gibt ganz viele in Deutschland, die gar keine Steuern bezahlen und das heißt, man entlastet damit die, die viel Steuern bezahlen und die eigentlich auch üblicherweise viel Geld haben, weil das Steuersystem ist bei uns ja so aufgebaut, dass vor allem die Reichen Steuern zahlen und eben die Ärmeren weniger Steuern zahlen. Das ist so ein bisschen anders oder sagen wir komplizierter, nicht ganz an-

ders ist es bei der Mineralölsteuer. Die kommt jenen zugute, also eigentlich so Mittelverdienern und mittelverdienenden Familien, zumindest prozentual vom Einkommen, weil es gibt einfach nur eine Grenze, wie viel Auto man fahren kann. Die Supergutverdiener, die fahren, also die geben einen kleineren Anteil ihres Einkommens für Benzin aus als die Mittelverdiener und die Geringverdiener, die haben üblicherweise gar kein Auto. Das heißt, die werden so auch nicht entlastet. Das heißt, das ist so ein bisschen so eine, man kann sich das wie so ein umgekehrtes U vorstellen. Am unteren Ende entlastet man nicht so viel damit, in der Mitte entlastet man deutlicher und am oberen Ende entlastet man wieder weniger. Das Problem eher bei der Entlastung der Autofahrerinnen und Autofahrer ist, dass man ja ein bisschen auch eine Reaktion, also der Preis hat ja auch eine Funktion. Und wenn der Preis jetzt steigt, weil zu wenig Öl da ist oder weil es eine Knappheit beim Benzin gibt, dann ist das ja auch sinnvoll, weil dadurch weniger Benzin dann verbraucht wird. Hat so ein paar Haken, diese Art der Entlastung.

Marco Herack:

Ja, das habe ich mich nämlich auch gerade gefragt. Also eigentlich war es ja mal das Ziel, dass wir weniger Öl und Gas verbrauchen, nicht nur weil der Russe in der Ukraine wütet, sondern weil auch, na ja, wir Klimaziele zu erfüllen haben. Ob da nun Krieg irgendwo ist oder nicht, interessiert das Klima ja im Zweifelsfalle auch nicht. Das heißt also, unser Ziel war ja vorher schon, weniger zu verbrauchen. Und ich erinnere mich doch noch, dass da immer diskutiert wurde, da braucht es eine CO₂-Bepreisung bei diesen ganzen Rohstoffen, dann geht der Preis nach oben und dann verbrauchen die Leute automatisch weniger. Jetzt könnte man ja fast sagen, es braucht keine CO₂-Bepreisung mehr, weil der Preis extrem viel höher ist jetzt. Aber just in dem Moment sagt jetzt gerade auch die FDP, die ja immer für diese Preislösungen war und der Markt regelt das, nein, nein, stopp mal, also da müssen wir jetzt aber irgendwie gucken, dass der Preis runtergeht.

Sebastian Dullien:

Na ja, also es ist schon in gewisser Weise ein bisschen drollig, wie die politische Debatte jetzt ist, dass da jetzt an der Stelle so eingegriffen wird in diesen Preis gerade und das von Leuten auch unterstützt wird, die sonst immer auf marktwirtschaftliche und Preislösungen gedrängt haben. Ich möchte hier noch mal erwähnen, wir hatten ja vor ein paar Wochen diese Folge über den Gaspreisdeckel, den Isabella Weber und ich vorgeschlagen hatten, wo wir gesagt haben, ja also lasst uns doch einen Grundverbrauch von Gas quasi subventionieren staatlich. Und da hat es einen riesigen Aufschrei gegeben. Da ist gesagt worden, das kann man nicht machen, da greift ihr in das Preissystem ein und überhaupt. Und wir hatten das ja damals so gestaltet, dass wir gesagt haben, der Grundverbrauch wird quasi subventioniert und darüber greift aber der volle Preis, damit man noch Sparanreize hat. So und von einigen der Leute, die das damals absolut unmöglich fanden, die haben jetzt überhaupt kein Problem damit, beim Benzinpreis eine Frankenstein-Version von so einer Preissubvention einzuführen, nämlich Frankenstein-Version in dem Sinne, dass eben überhaupt kein Anreiz mehr übrig bleibt, da zu sparen. Also das finde ich schon ein bisschen amüsant in der Debatte. Aber jetzt noch mal auf das Argument, ob das jetzt eigentlich sinnvoll ist, solche Preise so durchlaufen zu lassen für den

Klimaschutz. Für den Klimaschutz ist ja nicht der kurzfristige Preis so wichtig, sondern eher der langfristige Preis. Denn eigentlich die großen Ersparnisse machen wir nicht dadurch, dass man jetzt kurzfristig ein bisschen sparsamer fährt oder probiert, die ein oder andere Fahrt nicht zu machen. Sondern eigentlich wirkt das Preissignal, wenn ich langfristig dann in CO₂-neutrale Technologien investiere, wenn ich mir überlege, du, das Autofahren, das Reinpendeln ist so teuer, dass ich dann vielleicht doch lieber irgendwo hinziehe, wo es vielleicht eine Zugsanbindung gibt oder dann eben mit einem E-Auto fahre oder so was. Und all das ist ja nicht was, was ich jetzt kurzfristig mache. Sondern das ist was mit der langfristigen Perspektive und da hilft dieser kurzfristige Preis relativ wenig, insbesondere wenn man wie die Future-Märkte davon ausgeht, dass der Preis auch wieder fallen wird in nächster Zeit oder zumindest mit der Perspektive von ein, zwei, drei Jahren.

Marco Herack:

Ja, wenn es denn so ist. Also als Wirtschaft muss man sich ja eher darauf einstellen, dass es eine hohe Preisvolatilität geben wird, zumindest haben wir die ja jetzt in der letzten Zeit gesehen. Und je weniger von etwas verbraucht wird wie Öl, desto höher ist ja die Gefahr, dass man auch eine Unterinvestition in die Förderung dieser Rohstoffe hat. Und dann hast du auf einmal auch ohne Krieg und Sonstiges Preisexplosionen, weil halt einfach irgendwo wieder was ausgefallen ist oder irgendwas nicht investiert wurde und kaputtgeht und so weiter. Also das ist ja gar nicht so profan, wie man sich das vielleicht vorstellt manchmal.

Sebastian Dullien:

Nein, das stimmt. Eine gewisse Volatilität ist natürlich zu erwarten. Allerdings ist die ja jetzt bei manchen Energieträgern doch schon größer als das, was man sinnvollerweise normalerweise ohne Krieg erwartet hätte. Also einen 700-prozentigen Anstieg beim Gaspreis haben wir so noch nicht gesehen im Großhandel zum Vorjahr. Und das ist auch nichts, was irgendjemand prophezeit hätte.

Marco Herack:

Nein. Tatsächlich nicht. Es gibt ja aber nicht nur die FDP und die Steuersenkungen, sondern es gibt ja auch noch andere Ideen, die die Bundesregierung hat. Worüber reden wir denn da?

Sebastian Dullien:

Na ja, es ist ja jetzt schon weiter als Ideen. Sondern es ist ja das, was die Bundesregierung im Grunde schon in diesen beiden Paketen drin hat. Was wir jetzt schon angesprochen haben, ist die Erhöhung des Grundfreibetrages bei der Lohn- und Einkommenssteuer. Dazu kommt, dass der Arbeitnehmer-Pauschbetrag erhöht worden ist. Also das ist etwas, was man von seinem Einkommen abziehen darf, bevor das dann versteuert wird, wenn man Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerin ist. Der ist erhöht worden. Das entlastet übrigens auch wieder die reichen Haushalte mehr, weil die haben ja einen höheren Steuersatz und dann entlastet es eben entsprechend mehr als die ärmeren Haushalte. Und die, die gar nicht beschäftigt sind, entlastet das natürlich auch nicht. Und dann gibt es so Zuschläge für Familien, einen Familienzuschuss. Der ist beschlossen worden. Und eine, also das wird ein pauschaler Zuschuss an alle, die kindergeldberechtigte Kinder haben. Dann ist beschlossen

worden, so eine Energiepreispauschale an alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auszuschütten. Und die EEG-Umlage, also es ist ein Teil der Strom- ... quasi wie eine Abgabe auf Stromverbrauch wird gesenkt. Und was auch noch wichtig ist für viele Haushalte, ist, dass es jetzt für drei Monate ÖPNV-Ticket für neun Euro geben soll. Also das entlastet all die, die mit dem öffentlichen Personennahverkehr fahren. Entweder die da bislang schon mit gefahren sind oder die, die sich jetzt überlegen, dass sie im Sommer das vielleicht mal ausprobieren wollen. Es gibt noch so ein paar kleinere Dinge. Da brauchen wir aber, glaube ich, jetzt nicht drauf einzugehen. Obwohl vielleicht eine Sache sollten wir vielleicht noch erwähnen. Es gibt einen Heizkostenzuschuss für Haushalte, die Wohngeld bekommen.

Marco Herack:

Das ist ja immerhin schon mal etwas. Bei dieser ÖPNV-Geschichte, wenn ich das richtig verstanden habe, das nennt sich „9 für 90“, meint aber 9 Euro im Monat. Jetzt ist es halt so ein nicht 9 für 90.

Sebastian Dullien:

Sondern eigentlich 27 für 90, müsste man sagen.

Marco Herack:

Ja. Also irgendwie, das habe ich auch nicht so ganz verstanden, warum man da wieder so einen Etikettenschwindel braucht. Aber es klingt natürlich besser, 9 für 90. Ja. Also ihr habt ja einen Report gemacht. Die Entlastungspakete der Bundesregierung nennt der sich. Und er hat schon die Unterüberschrift: sozial weitgehend ausgewogen, aber verbesserungsfähig. Fasst das dann schon auch die Idee des Reports zusammen, mal zu untersuchen, ob das sozial ausgewogen ist?

Sebastian Dullien:

Genau. Was wir in dem Report gemacht haben, ist, wir haben uns angeguckt, was jetzt die Mehrbelastung durch die hohen Energiekosten sind. Wir haben uns auf die Energiekosten fokussiert, weil in der Begründung der Bundesregierung eben stand, es soll für die Energiekosten entlastet werden. Dann haben wir uns angeguckt für verschiedene Haushaltstypen, wie stark sind die jetzt belastet durch diese höheren Energiekosten. Haben das in Euro ausgerechnet für das Jahr und haben dem gegenübergestellt, wie stark werden diese einzelnen Haushalte entlastet durch diese beiden Pakete. Das sind ja zwei Pakete. Das eine ist am 23. Februar und das zweite am 23. März verabschiedet worden. Und wir haben das eben dann zusammengezogen, diese beiden Pakete und diese typisierten Haushalte damit untersucht. Na ja, auf der einen Seite ist es recht genau, weil wir haben die Daten aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe genommen, die relativ genau guckt, welcher Haushalt jetzt welchen Anteil für Benzin oder für Gas und Heizöl ausgibt. Und es ist aber dann doch pauschalisiert, weil es natürlich immer Durchschnittswerte sind und wir jetzt nicht geguckt haben, was ist denn das jetzt für ein Haushalt, der da im Sauerland in dem 150-Quadratmeter-Altbau wohnt und mit zwei Autos zur Arbeit fährt. Das haben wir dann nicht gemacht. Sondern das sind dann schon in diesen typisierten Haushalten Durchschnittswerte.

Marco Herack:

Und das Ergebnis des Ganzen, ist es denn sozial ausgewogen?

Sebastian Dullien:

Das Ergebnis, wir haben uns vor allem jetzt auch auf Haushalte mit beschäftigten Erwachsenen konzentriert. Also was wir nicht untersucht haben sind die reinen Transferempfänger-Haushalte und was wir auch nicht untersucht haben oder nicht gesondert untersucht haben, sind dann verschiedene Rentnerhaushalte, sondern wir haben da nur so einen mitgenommen. Und wenn man sich die anguckt, kann man schon feststellen, dass das relativ sozial ausgewogen ist, denn zum Beispiel bei einem Paar mit zwei Kindern, die so 2.000 bis 2.600 Euro verdienen, also das sind jetzt keine reichen Familien, da decken diese Entlastungen, also wenn jetzt beide erwerbstätig sind, decken die Entlastungen 90 Prozent der Zusatzbelastung aus Energie ab. Es gibt jetzt noch andere Sachen, Nahrungsmittel sind auch teurer geworden, aber das ist nicht so viel Geld wie für diese Energie. Und da finde ich 90 Prozent schon ganz gut. Und wenn man jetzt das vergleicht mit dem Single, der mehr als 5.000 Euro netto zur Verfügung hat im Monat, bei dem deckt es nur noch 44 Prozent ab. Mich haben zwei Sachen überrascht, als wir da die Zahlen gesehen haben. Und das erste ist, wie viel bei manchen Haushalten, die auch objektiv das Geld brauchen, dann abgedeckt wird, also diese eigentlich doch Geringverdiener-Familie im Grunde und dass es dann doch abschmilzt hin zu den Alleinlebenden. Weil da gab es nämlich einen Unterschied. Dieses erste Entlastungspaket, da hat sich wahrscheinlich die FDP eher durchgesetzt mit der Forderung nach Steuersenkung, da sieht man sehr klar, dass das stärker die Besserverdienenden entlastet hat und das zweite Paket mit dieser Energiepauschale, die an alle Beschäftigten ausgezahlt wird in Höhe von 300 Euro, die danach aber versteuert werden muss, die entlastet vor allem Geringverdiener. Und wenn man das zusammenrechnet, die beiden Pakete, dann kommt da eine fast konstante Entlastung raus. Das ist ganz interessant. Also da liegt man, egal mit welchem Einkommen, knapp über 300 Euro pro Monat. Und das ist natürlich für einen Geringverdiener-Haushalt viel mehr als für einen – Entschuldigung, nicht 300 Euro pro Monat, sondern pro Jahr – und das ist für einen Geringverdiener-Haushalt natürlich viel mehr als für einen Hochverdiener-Haushalt. Und dadurch kommt dann eben zustande, dass die relativ zu ihrer Belastung, werden dann die ärmeren Haushalte stärker entlastet.

Marco Herack:

Jetzt war schon der Hinweis, dass das verbesserungswürdig ist und das dann bei den Rentnern?

Sebastian Dullien:

Ja, die Rentner sind eine der Gruppen, wo es verbesserungswürdig ist, denn die bekommen diese Energiepreispauschale nicht. Diese Energiepreispauschale wird über die Lohn- und Einkommensabrechnung ausgezahlt. Und das heißt, es kriegen nur die Menschen, die eben sozialversicherungspflichtig erwerbstätig sind. Das ist nämlich der zweite Punkt, die Minijobber und -jobberinnen kriegen das auch nicht. Und das sind eben so zwei Elemente, die es dann sozial etwas unausgewogen machen. Also wenn jetzt die Rentnerin, der Rentner, wenn man da jemanden hat, der so knapp über der Wohngeldgrenze liegt, also kleine Wohnung, 300, 400 Euro Kalt-

miete und man hat 1.000 Euro Rente im Monat, dann liegt man so knapp über dieser Wohngeldgrenze, je nachdem wie genau dann die Verhältnisse sind. Und da kriegt man dann eben, ja, praktisch keine Entlastung mehr. Da wird man noch ein bisschen entlastet, weil man eben diese EEG-Umlage auf den Strom nicht bezahlen muss und das ist es dann aber eigentlich. Aber das sind Haushalte, die schon oft relativ hohe Zusatzbelastungen haben, einfach weil die Haushaltsenergie fürs Heizen und für Strom insgesamt ein ganzes Stück teurer geworden sind und da fehlt dann halt die Entlastung. Und das ist eben so eine Gruppe, wo es problematisch ist. Das Zweite, wo man sich wirklich fragen muss, ob das so fair ist, ist, dass wenn ich jetzt ein Paar-Haushalt mit zwei Kindern habe, also die Familie. Und wenn beide arbeiten ist das noch einigermaßen okay, weil dann kriegen beide diesen 300-Euro-Entlastungsbetrag. Wenn aber jetzt eine Person arbeitet und der Ehepartner, die Ehepartnerin nur einen Minijob und aber das gleiche Netto-Einkommen haben, die kriegen nur zur Hälfte, da kriegt nur einer dann diese Energiepauschale. Und dann sind das einfach schon mal 300 Euro weniger im Jahr, was da an Entlastung ist. Und das ist auch so eine gewisse soziale Schieflage.

Marco Herack:

Bei den Rentnern frage ich mich halt, ob die nicht ohnehin, weil sie ja auch eine sehr starke Rentenerhöhung bekommen haben, die ja schon fast in Höhe der Inflation war, also fast bei den sieben Prozent, die da nicht ohnehin auch noch auf anderem Wege Vorteile haben, die zum Beispiel so ein Arbeitnehmer da nicht hat.

Sebastian Dullien:

Ich meine, das kann man natürlich ... einerseits kannst du das so argumentieren. Andererseits ist natürlich die Rentenanpassung, die wir dieses Jahr haben, die relativ hoch ist, auch eine Konsequenz von der relativ niedrigen Rentenerhöhung aus dem Vorjahr. Oder was heißt relativ niedrig, das war einfach eine Nullrunde im Westen. Also da ist einfach gar nicht erhöht worden. Und das hat ja damit zu tun, wie unsere Rentenformel angelegt ist, dass das angekoppelt ist an die Entwicklung der Bruttolohn- und -Gehaltssumme. Und eigentlich kann man jetzt nicht die ... gut sechs Prozent sind es im Osten gewesen, im Westen ist es weniger als sechs Prozent. Da war es, glaube ich, etwas über fünf Prozent. Aber das muss man jetzt einfach mal zusammenrechnen mit den null Prozent aus dem Vorjahr. Und dann ist man irgendwie bei 2,6 Prozent. Und da hat man für diese beiden Jahre ganz bestimmt keinen Inflationsausgleich mehr bei 2,6 Prozent pro Jahr.

Marco Herack:

Ja. Jetzt wäre noch meine andere Frage, ob das dann überhaupt das Ziel sein kann von einer Bundesregierung, dass man solche Preiserhöhungen – also auch grundsätzlich – ausgleicht.

Sebastian Dullien:

Man kann nicht für alle diese Preiserhöhung oder die Wirkung der Preiserhöhungen ausgleichen. Ich meine, was mit diesen Entlastungen hier passiert, ist ja nicht, dass die Preiserhöhungen ausgeglichen werden, sondern dass die einen Einkommenszuschuss bekommen, dass ihr Lebensstandard trotz der Preiserhöhungen nicht grob

sinkt. Und das können wir nicht für alle machen, einfach aus dem Grund oder zumindest nicht dauerhaft für alle machen, natürlich vorübergehend könnte man es auch für alle wahrscheinlich machen, wenn wir denken, dass dieser Energiepreisanstieg nur vorübergehend ist. Also wenn man jetzt mal sagt, das bleibt, zumindest zum Teil bleiben die Energiepreise höher, dann heißt das einfach, dass wir als Land, was Energie importiert, dass wir ärmer geworden sind. Das muss irgendjemand tragen. Von daher ist der Ausgleich für alle über solche Maßnahmen jetzt relativ schwierig. Und die Haushalte, die höhere Einkommen haben, die brauchen das ja auch ehrlich gesagt nicht. Die können ja einfach ein bisschen weniger sparen oder dann auch zu einem gewissen Maße bestimmten Konsum einschränken und das ist jetzt kein soziales Problem. Aber wenn ich jetzt tatsächlich an Leute denke, die da im unteren Einkommensbereich sind, und wir haben schon relativ viele Rentnerinnen und Rentner, die kleine Einkommen haben, da macht das schon einen Unterschied. Da sollte man sich schon überlegen, also gerade wenn es auch darum geht, Teilhabe zu gewährleisten und Armut zu verhindern oder auch Armutsgefährdung zu verhindern, dann macht es schon Sinn, an den Stellen eben die Einkommen aufzustocken, damit das nicht passiert.

Marco Herack:

Und die Hartz-IV-Sätze sollten wir ja dann auch aufstocken oder nicht?

Sebastian Dullien:

Genau, die Hartz-IV-Sätze müssten auch aufgestockt werden. Das wird ja auch im Grunde dann passieren. Das passiert dann immer mit ein bisschen Nachlauf. Und bei Hartz-IV, also die haben ja für die Heizung auch einen gewissen Zuschuss bekommen. Auch der wird wahrscheinlich nicht reichen, aber da ist ja schon was gezahlt worden. Klar, also die Hartz-IV-Sätze müssten auch aufgestockt werden. Wo bei denen ist es ja jetzt durch diesen Heizkostenzuschlag oder die Heizkosten werden da ja übernommen, da ist es nicht ganz so dramatisch wie bei den Rentnerinnen und Rentnern am unteren Ende der Einkommensverteilung.

Marco Herack:

Ja gut, aber wenn du da so quasi am Anschlag ohnehin schon bist und dann kriegst du erst irgendwie ein halbes Jahr später mal einen Zuschuss- ... oder nicht Zuschuss, sondern einen höheren Hartz-IV-Satz.

Sebastian Dullien:

Also Marco, das müssen wir gar nicht diskutieren. Das ist sinnvoll und aus meiner Sicht wäre es ohnehin sinnvoll, die Hartz-IV-Sätze auch unabhängig von dieser Inflation ein Stück zu erhöhen, weil die sind schon sehr auf Kante genäht.

Marco Herack:

Da vermischen sich dann auch immer diese Fragen, die man ohnehin schon als Diskurs über den sozialen Umgang miteinander hat. Und dann auf einmal hat man halt so eine Situation, wo es auf einmal sehr stark brennt, aber dann politisch gar nicht mehr so schnell gehandelt werden kann oder möchte. Ich weiß gar nicht, woran es lag, aber soweit ich das jetzt gesehen habe, kriegen die erst am Ende des Jahres einen höheren Satz.

Sebastian Dullien:

Ja, die kriegen ja auch einen Sozial-Sofortzuschlag in Höhe von 100 Euro und dann kriegen sie auch noch für die Kinder ein bisschen mehr. Das haben wir ehrlich gesagt nicht durchgerechnet für diese Haushalte. Das hat auch damit zu tun, dass bei uns die Daten jetzt nicht vorlagen. Es sind viele Menschen, aber relativ zur Bevölkerung ist das eine prozentual nicht so riesige Gruppe, die da in der Grundsicherung ist. Und dadurch haben die bei den Stichproben oft nicht genug Menschen in der Grundsicherung, dass man verlässliche Daten hat. Und da wir da eine Sonderauswertung gebraucht hätten, haben wir das jetzt in dem Report nicht gemacht.

Marco Herack:

Werdet ihr denn in der Zukunft da so ein paar Updates machen? Weil das Thema scheint uns ja jetzt auch länger erhalten zu bleiben.

Sebastian Dullien:

Da werden wir mal gucken, wie wir das machen. Also ich denke, wir werden ganz bestimmt Updates machen. Wir machen jetzt einen monatlichen Inflationsmonitor. Ich weiß gar nicht, ob wir da schon mal drüber gesprochen haben.

Marco Herack:

Nein. Was ist das denn?

Sebastian Dullien:

Da gucken wir jeden Monat, wie sich die Inflationsraten für die unterschiedlichen Haushaltstypen entwickeln, weil ja die Haushalte am unteren Einkommensrand, die geben einen größeren Anteil ihres Einkommens für Haushaltsenergie und für Nahrungsmittel aus. Und das heißt, die sind oft anders betroffen von der Inflation als die am oberen Ende. Und das machen wir jetzt seit ein paar Monaten jeden Monat. Und da kommen schon sehr spannende Dinge raus. Also zum Beispiel die Inflation, die wir Anfang des Jahres gesehen haben, die war vor allem bei den Kraftstoffen. Damals waren vor allem Mitteleinkommenshaushalte und Familien getroffen. Und jetzt sieht man so, klar, die Kraftstoffe sind immer noch teuer, aber jetzt kommt so langsam der Preisdruck aus der Haushaltsenergie und aus den Nahrungsmitteln und das trifft jetzt mehr die Geringverdiener-Haushalte. Und darum hat sich jetzt im April für die April-Zahlen schon gezeigt, dass da jetzt die Geringverdiener-Haushalte besonders stark belastet sind. Also die sind jetzt die mit den, also die Paare mit kleinen Einkommen sind jetzt die, die die höchsten Inflationsraten haben. Ganz konkret, insgesamt war ja die Inflation im März bei 7,3 Prozent für alle Haushalte. Und für eine Familie mit zwei Kindern, 2.000 bis 2.600 Euro netto im Monat war sie bei 7,9 Prozent und für die Alleinlebenden mit über 6.000 Euro Einkommen nur bei 6 Prozent. Das liegt halt daran, dass diese Familien, das sind die, die einerseits oft noch ein Auto haben und irgendwie fahren, um alles unter einen Hut zu bringen und gleichzeitig viel für Haushaltsenergie und Nahrungsmittel ausgeben. Das heißt, die sind im Moment dreifach getroffen. Und die Besserverdienenden, die geben ihr Geld halt für andere Dinge aus und darum sind sie nicht so getroffen.

Marco Herack:

Sind wir da jetzt in einer guten Situation noch oder sind wir da schon am Beginn einer prekären Lage, was so die Inflation betrifft?

Sebastian Dullien:

Na ja, ich meine, das Interessante und das Wichtig ist eigentlich, wie es jetzt weitergeht, ob sich das, wie das in unserer Prognose steht, etwas beruhigt mit der Inflation, also wenn jetzt die Energiepreise nicht weiter steigen, dann läuft das ja so langsam aus über die nächsten zwölf Monate oder ob es dann mit so hoher Inflation weiterläuft. Und wir haben eben darüber gesprochen, dass das Problem an den Lohnabschlüssen ist, dass sie die Kaufkraftverluste nicht ausgleichen. Der positive Aspekt an den Lohnabschlüssen ist eben, dass sie auch keinen Kostendruck erzeugt und man darum hoffen könnte, dass eben die Inflation deshalb nicht weiterläuft, also wir keine Preis-Lohn-Spirale kriegen. Also dass nicht diese Preissteigerungen dann zu Lohnkostensteigerungen führen, oder übermäßigen Lohnkostensteigerungen, die dann wieder die Inflation anheizen. Das müssen wir aber ehrlich gesagt jetzt einfach abwarten. Aber da ist das sehr, sehr sinnvoll, was die Bundesregierung gemacht hat mit diesen Entlastungspaketen, weil es eben so ein bisschen den Druck auch da rausnimmt von der Lohnseite.

Marco Herack:

Die Arbeitgeber und die Gewerkschaften könnten sich jetzt theoretisch auf diesen Differenzbetrag einigen und der wäre dann in so einer Gesamtinflationbetrachtung dann eigentlich wieder okay.

Sebastian Dullien:

Genau. Also jetzt könnte man sagen, muss jetzt ein bisschen was noch in den Tarifverhandlungen ausgeglichen werden. Aber da muss man jetzt nicht eben gleich sechs oder sieben Prozent Abschluss haben, um dann wirklich Härten zu verhindern.

Marco Herack:

Ist das Problem bei solchen Maßnahmen nicht auch, dass es dann immer schwierig ist, aus diesen Maßnahmen auszusteigen? Also ich könnte mir schon vorstellen, dass wenn dann mal so die Preise wieder sinken, dass so der ein oder andere dann die Idee hat, och, na ja, warum sollen wir denn jetzt die Steuern da wieder erhöhen, auch wenn es nur auf das Normalmaß zurückführen wäre.

Sebastian Dullien:

Also das Gute an den Maßnahmen, die jetzt da gemacht worden sind, ist, dass da eigentlich nichts angelegt ist, was auf Dauer so bleiben würde. Also fangen wir mal an, die Erhöhung des Grundfreibetrages, das ist ja etwas, was man ohnehin jedes Jahr macht. Und das wird jedes Jahr neu berechnet oder neu entschieden, wie viel man den anpasst. Und da muss man ihn einfach jetzt beim nächsten Mal nicht mehr so kräftig anpassen, wie es diesmal passiert ist. Und die Einmalzahlungen sind ja einmalig, das sagt schon der Name. Natürlich könnte jetzt jemand auf die Idee kommen, dass man die nächstes Jahr wieder macht, aber das ist auch bei anderen krisenbedingten Einmalzahlungen ja nicht der Fall gewesen, dass dann gesagt worden

ist, das muss aber jetzt jedes Jahr kommen. Also das ist von daher schon ganz gut. Jetzt es bleibt mal abzuwarten, wie das mit dem Benzinpreis geht. Die Steuersenkung beim Benzinpreis liegt ja jetzt geschickter Weise genau in der Urlaubszeit wahrscheinlich. Also das heißt, die Deutschen können mit ihrem Auto dieses Jahr günstig in den Urlaub fahren. Wenn danach der Gesamtbenzinpreis wieder fällt, wie das so die Future-Märkte jetzt angelegt haben, dann sehe ich jetzt auch nicht, dass da irgendjemand fordern würde, dass das dauerhaft werden soll, insbesondere wenn es vorher eben so entschieden wurde. Nur mal als Beispiel, wir hatten ja auch in der Corona-Krise diese vorübergehende Absenkung der Mehrwertsteuer. Da gab es ja auch auf Twitter eine dicke Diskussion. Und da haben einige gewettet, ich habe da sogar noch eine Flasche Wein gewonnen, dass die nie wieder erhöht würde und dass dann eben die Regierung relativ kurz vor Ende entscheiden würde, dass die Mehrwertsteuer niedriger bleibt. Das ist aber nicht passiert. Die Mehrwertsteuer ist wie geplant wieder gestiegen, weil es eben als Einmalmaßnahme beschlossen war. Also von daher bin ich da recht optimistisch, dass das im Moment kein Problem ist oder noch nicht bei den Maßnahmen, die jetzt beschlossen worden sind.

Marco Herack:

Dein Wort in Gottes Ohr. Sebastian Dullien, ich danke für das Gespräch.

Sebastian Dullien:

Danke, Marco, für die Moderation.

Marco Herack:

Ja. Wenn ihr noch ein paar Gedanken zu dem Thema habt, dann sendet sie uns doch zu auf Twitter [@boeckler_de](https://twitter.com/boeckler_de) oder per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Und wenn ihr Sebastian etwas mitzuteilen habt, dann könnt ihr das auf Twitter tun: [@SDullien](https://twitter.com/SDullien), also Sebastian Dullien. Und wir freuen uns natürlich, wenn ihr uns in einem Podcatcher euer Wahl abonniert. Vielen Dank fürs Zuhören, euch eine schöne Zeit und bis bald. Tschüss.

Sebastian Dullien:

Danke. Tschüss.